

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 38

**Von 16.September bis
22.September 2024**

FP: „Verkehrspolitisch herrscht Stillstand in Tirol“

Innsbruck – Offiziell war man im Büro von Landeshauptmann Anton Mattle (VP) gestern nicht erfreut, dass das Forderungs-Schreiben ans Verkehrsministerium und die Asfinag an die Öffentlichkeit gekommen ist. Vielmehr sei geplant gewesen, es aus dem Wahlkampf rauszuhalten. Wie berichtet, hat Mattle ein eigenes „Entlastungspaket“ für die Zeit des Luegbrücken-Neubaus samt Einspurigkeit ab 1. Jänner 2025 vorgelegt. Darin enthalten: Abfahrverbote, kein Tonnagelimit, Kos-

tenübernahme von erhöhtem Winterdienstbedarf und Überkopfwegweiser.

Für FP-Landesobmann Markus Abwerzger „das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt ist“. Für die Freiheitlichen herrsche vielmehr „verkehrspolitisch Stillstand in Tirol – nicht erst seit den Plänen des Neubaus der Luegbrücke“. Zudem wirft Abwerzger der schwarz-roten Landesregierung vor, die Opposition hinsichtlich der Klage Italiens gegen die Anti-Transit-Maßnahmen vor dem

Europäischen Gerichtshof „in Unkenntnis zu lassen“.

Als „Wunschzettel“, der nur der Anfang einer Reihe von notwendigen Maßnahmen gegen einen drohenden Verkehrsinfarkt auf der Brennerautobahn sein könne, bewerte Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint indes Mattles Brief. Mit Blick auf die Wahl sei dies „strategisch ein Wahlkampfschmäh“. Der Streit um die Finanzierung der Maßnahmen ist indes für NEOS-Abgeordnete Birgit Obermüller „unwürdig“. (*mami*)

Mattle gegen Tourismusminister

Innsbruck – Der Ruf des Tiroler Tourismusverbände-Obmans Benjamin Kneisl nach einem eigenen Tourismusministerium und seine Kritik an einer angeblichen Geringschätzung der Branche durch die Politik sorgen weiter für Zündstoff. Nachdem der Industrie-Präsident Max Kloger den Touristiker bereits in die Schranken gewiesen hat („Niemand wird von der Politik so hofiert wie der Tourismus“), zeigen nun auch LH Anton Mattle und Wirtschafts-

und Tourismus-LR Mario Gerber (beide ÖVP) wenig Verständnis für Kneisls Aussagen.

Kneisls Ruf nach einem Tourismusministerium könne er „nicht viel abgewinnen“, sagte Mattle. „Die Wirtschaft muss man als ein Ganzes betrachten, nicht filetieren.“ Auch Gerber zeigte sich von Kneisls Ansicht „wenig erfreut“. Es gebe „kein Konkurrenzdenken zwischen Wirtschaft, Industrie und Tourismus“, so Gerber.

Kritik übt auch die Liste Fritz. IV-Chef Kloger habe „ab-

solut Recht. Denn keine andere Branche in Tirol wird derart hofiert wie der Tourismus mit Tourismusabgabe und eigenem Tourismuslandesrat“, so Klubobmann Markus Sint. Der Tourismus in Tirol sei eine heilige Kuh, „und wer die vielen Auswüchse kritisiert, wird exkommuniziert“, so Sint. Gleichzeitig würden die mehr als 50.000 Ein-Personen-Unternehmen, Kleinst- und Kleinbetriebe vernachlässigt: „Sie sind die heimlichen Helden der Wirtschaft.“ (mas)



LH Anton Mattle (ÖVP): wenig Freude mit Touristiker Kneisl. Foto: Daniel Liebl

Groß angekündigt, aber nicht zu halten

300er-Bettengrenze für Hotels ist rechtlich nicht möglich. Regionale Beschränkungen sind ebenfalls angreifbar.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Genug ist genug, dachte sich seinerzeit Alt-Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP). In Zeiten, in denen über Tourismusbelastung und -gesinnung diskutiert wird, sollte die Anzahl der Gästebetten in Tirol eingebremst werden. 356.000 gibt es im Land. Für neue Hotels mit mehr als 150 benötigt es eine Sonderflächenwidmung, ab 500 Betten ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig.

Platter wollte deshalb einen Bettenstopp ab 300. Doch wie sich nach jahrelangen Debatten jetzt endgültig herausstellt, kann eine landesgesetzliche Regelung nicht über das ganze Land gestülpt werden. Selbst in den örtlichen Raumordnungskonzepten sind Betten-Obergrenzen schon sehr gut begründet werden.

Obergrenze ist EU-widrig

Zu diesem Schluss kommt der Verfassungsdienst des Landes in einer vorliegenden Expertise. Die Stellungnahme der hiesigen Juristen wurde vor wenigen Tagen dem Landtag

„Die Gemeinden sind angehalten, in ihren Widmungskonzepten eine Obergrenze einzuziehen.“

LHStv. Josef Geisler/VP
(Raumordnungsreferent)

übermittelt. Auf gesetzliche Obergrenzen drängt schließlich auch die Liste Fritz, auf ihren Antrag hin wurde die Prüfung eingeleitet. Doch auf pauschalierende Regelungen, „die auf spezifische regionale Problemlagen nicht Bedacht nehmen“, reagiere der Verfassungsgerichtshof besonders kritisch, heißt es. Eine generelle landesweite Beschränkung der höchstzulässigen Bettenanzahl von Beherbergungsgroßbetrieben wäre verfassungsrechtlich nicht zulässig und auch EU-widrig.

Selbst mit Beschränkungen in den Raumordnungskonzepten wandeln die Gemeinden auf einem schmalen rechtlichen Grat, obwohl der zuständige Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP) dies als „notwendige Bremse“ forciert.

„Die politische Aussage, keine Hotels mit mehr als 300 Betten zuzulassen, erweist sich als ÖVP-Luftblase.“

Markus Sint/Liste Fritz
(Klubchef)

Die Regierungsparteien ÖVP und SPÖ wollen angesichts des vorliegenden Berichts im Oktober-Landtag trotzdem ein Bekenntnis zur 300er-Bettengrenze ablegen. „Nichtsdestotrotz bekennt sich der Tiroler Landtag im Sinne eines ganzjährigen Qualitätstourismus dazu, dass das Land Tirol kein quantitatives Wachstum seiner Gesamtbettenanzahl anstrebt. Zudem bekennt sich der Tiroler Landtag dazu, dass künftig die Errichtung von Beherbergungsbetrieben mit mehr als 300 Betten hintangehalten werden soll“, begründen sie ihren Beschlussantrag.

Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint spricht von einer ÖVP-Luftblase. „Ein Bauchfleck, erst recht, weil diese generelle 300-Betten-Obergrenze als ein Kernelement in der Tourismusstrategie der Landesregierung enthalten ist.“ Dabei sei die Erkenntnis richtig, dass Tirol genügend Betten für Touristen habe und keine neuen Bettenburgen benötige.

Sint schlägt vor, die bestehende „Sonderflächenwidmung Beherbergungsgroßbetriebe“ in zwei Kategorien zu teilen: einmal in 150 bis 300 Betten und einmal über 300 Betten. „Das ist dann kein generelles Verbot, aber wer künftig in Tirol ein Großhotel mit mehr als 300 Betten genehmigt bekommen will, der muss dies eben besonders gut begründen.“ Der Landesregierung fehlten der Wille zur Lösung, die Kreativität und der Mut, fügt Sint hinzu.



In Tirol sollen keine Bettenburgen mehr entstehen: Eine Höchstgrenze von 300 Betten kann das Land aber nicht landesweit gesetzlich regeln. Foto: iStock

Politstreit um neues Bürgermeisterbüro

Nach einer Gemeinderatsanfrage und einem Schreiben des Bürgermeisters steht das neue Büro im Fokus.

Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) kritisiert die mangelnde Transparenz und Kostenkontrolle. Anfangs wurde die Anfrage der Liste Fritz zu den Umbauten gestellt, gefolgt von einem Schreiben des Bürgermeisters am 22. August und einer Pressekonferenz. Haselwanter-Schneider bemängelt, dass die Antwort des Bürgermeisters vom 10. Juli zur „notwendigen, laufenden Instandhaltung“ inhaltsleer sei und viele Fragen offen lasse. Bereits im Vorfeld der Anfrage kam der Gemeinderä-

tin der Liste Fritz etwas anderes zu Ohren. Mehrere Stadtmagistratsmitarbeiter berichteten von größeren Umbauarbeiten, vor allem im Büro des Bürgermeisters. Diesem wirft Andrea Haselwanter-Schneider vor, die Opposition getäuscht zu haben und fordert Transparenz über die Kosten und einen ordnungsgemäßen Umgang mit dem Anfragerecht: „Tatsächlich hat uns Anzengruber in seiner Beantwortung an der Nase herumgeführt, vieles verschwiegen bzw. falsche Antworten geliefert!“ Am 23. August erhielten alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ein Schreiben, in dem der Bürgermeister über die Umbauarbeiten informiert. Im Schreiben geht es nicht mehr nur um angeblich notwendige Instand-



Gemeinderätin fordert Transparenz und Kostenkontrolle. Foto: Bezirkblätter

haltungen, sondern um umfassende Sanierungsmaßnahmen und grundlegende Verbesserungen. Das heißt, bei den Umbauarbeiten wurden nicht nur Ausbesserungen vorgenommen, sondern Böden, Decken, Wände, Elektrik und mehr wurden komplett erneuert. Die Sanierungsmaßnahmen kosteten rund 80.000 Euro.



**Landtagsabgeordneter Markus Sint
kommt nach Tannenz.** Foto: Liste Fritz

Inforunde zum Fernpasspaket

Für alle Interessierten gibt es die
Gelegenheit, sich zu informieren
und auszutauschen: 19.9, 19 Uhr
im Gasthof Sonne in Tannenz.

Info-Runde der Bürgerinitia-
tiven Gurgltal, Außerfern und
Mieminger Plateau mit Fachleu-
ten und Markus Sint (Liste Fritz).

Abgabe auch in Rente: Nur WK gnädig

Pensionist erzielte nun Teilerfolg und bekam Beiträge erlassen. Die Tourismusabgabe an das Land muss er aber weiter bezahlen. Liste Fritz zeigt sich empört.

Obwohl er seit dem 1. Oktober 2022 in Pension ist, musste Herr D. (Name der Redaktion bekannt) weiterhin den WK-Beitrag und die Tourismusabgabe an das Land Tirol bezahlen. Die „Krone“ berichtete Ende Juli über den ehemaligen selbstständigen Versicherungsmakler. Die WK begründete die Einhebung damit, dass D. sein Gewerbe zwar ruhend gemeldet, jedoch nicht gelöscht habe. Indes betonte das Land, dass noch keine Betriebsaufgabe vorliege, weswegen D. noch im Aktivstand geführt werde.

In seiner Verzweiflung wandte sich der Tiroler an Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz im Tiroler Landtag. Nun konnte D. einen Teilerfolg erzielen.

Im Landhaus besteht man weiter auf die Abgabe von Herrn D., obwohl er in Pension ist. Indes hat sich die WK nun gnädig gezeigt.

Wie der Politiker berichtete, „war die WK einsichtig und an einer Lösung interessiert. Sie hat Herrn D. die Beiträge für heuer erlassen und er hat sein Gewerbe nicht ruhend gestellt, sondern abgemeldet“.

Beim Land verweist man auf „Folgeprovisionen“

Die schlechte Nachricht: Das Land erlässt Herrn D. die Tourismusabgabe nicht,



Foto: Christof Birbaumer



Der Fall von Herrn D. zeigt, wie ungerecht diese Tourismusabgabe inzwischen ist. Wer nicht bei drei auf einem Baum ist, wird vom Land Tirol abkassiert.

Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz, zum Fall von Herrn D.



Foto: Christof Birbaumer

obwohl er auch dort sein Gewerbe gelöscht hat. Im Gegenteil: Der Pensionist muss diese weiterhin bezahlen. Der Grund dafür wird in einer E-Mail an D. so ausgeführt: „Maßgeblich ist nicht die Löschung der Gewerbeberechtigung, sondern die Einstellung der selbstständigen Tätigkeit nach den umsatzsteuerlichen Vorschriften. Diesbezüglich wird insbesondere

auf die weiterhin bestehende Unternehmereigenschaft im Rahmen der allfälligen Vereinnahmung von Folgeprovisionen verwiesen.“

„Es ist schade, dass die Regierung auf stur stellt“

Über diese Begründung schüttelt nicht nur der Rentner den Kopf, sondern auch Markus Sint: „Es ist schade, dass die schwarzrote Landesregierung auf stur stellt und sich hinter Paragraphen versteckt, anstatt eine menschliche Lösung zu finden. Der Fall von Herrn D. zeigt, wie ungerecht diese Tourismusabgabe inzwischen ist. Wer nicht bei drei auf einem Baum ist, wird abkassiert. Im Namen der Landesregierung und des Tourismus.“

Dieses „rücksichtslose Abkassieren“ schade dem Tourismus, ist Klubobmann Sint überzeugt. Als Liste Fritz fordere man erneut „eine Reform der Tourismusabgabe, mit drastisch weniger Beitragszahlern und der Berechnung der Zahlungen nach Gewinn und nicht nach Umsatz“. **Manuel Schwaiger**